

Bezirk Oberbayern

Niederschrift	
über die Sitzung des	Sozial- und Gesundheitsausschusses
Nr.	04/2010
Datum	14.10.2010
Ort	Bezirksverwaltung – Sitzungssaal 5. Stock
Beginn	09:30 Uhr
Ende	12:55 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender:	Hr. BTP Mederer
Ausschussmitglieder	Hr. BR Ammer, Fr. BRin Broschei, Hr. BR Eichiner, Hr. BR Geiger, Fr. BRin Heigl, Fr. BRin Hügenell, Hr. BR Loy, Hr. BR Rippe, Fr. BRin Neubauer, Fr. BRin Weiß, Hr. Schwab, Hr. Salvermoser
Sachverständige:	Hr. Raß, Hr. Dr. Bauer, Hr. Freitag, Fr. Wettengl, Fr. Majewski, Hr. Warth, Fr. Fürst, Fr. Straub, Hr. Utz, Hr. Habel, Hr. Seuß, Hr. Schindele, Fr. Stein für Hr. Schärfl
Verwaltung	Hr. Dr. Bruckmann, Hr. Brinckmann, Hr. Wirth, Hr. Heffner, Frau Tobolar-Karg, Fr. Büllesbach, Hr. Jalsovec, Fr. Dr. Henrich, Hr. Thaler, Fr. Erdmann, Hr. Kohl, Fr. Eberhardt, Hr. Schempp, Fr. Lengmüller, Fr. Fance (Gesamtpersonalrat), Hr. Reil, Fr. Lange, Hr. Böhm (Schwerbehindertenvertretung)
Sonstige:	Hr. Prof. Rohrmann – Universität Siegen, Hr. Kumetz, Hr. Ulbricht
Entschuldigt:	Hr. Dr. Orlich Hr. Strauch sowie Vertreter, Fr. Neuwinger, Fr. BRin Waldmann, Herr Schärfl
Protokollführerin	Fr. Hanner, Fr. Mettke

Tagesordnung:

		Seite
Sozial- und Gesundheitsausschuss		
I. Öffentliche Sitzung:		
TOP 1	Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzungen	29
TOP 2	Ergebnisse der AG Zuverdienst	29 – 30
TOP 3	Aktueller Stand zur Grundsatzentscheidung Demenz	30 - 31
TOP 4	Aktueller Stand zu Themen der Regionalen Steuerung/Schnittstelle KBO	31

TOP 5	Bezuschussung der Betriebskosten beim Gehörlosenverein in Ingolstadt	31 – 32
TOP 6	Arbeitsgruppe „Soziales Sondertatbestände“	32
TOP 7	Arbeitsgruppe „Förderstätten“	32 – 33
TOP 8	Schaffung eines Inklusionspreises	33
TOP 9	Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2010 zum Thema Prüfungsrechte	33 – 34
TOP 10	Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2010 zur Einführung eines zentralen Rückforderungsmanagements	34
TOP 11	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.06.2010 zum Thema Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit psychischen Behinderungen	34 – 35
TOP 12	Sozialplanung; Modellprojekt Teilhabeplanung Weilheim-Schongau und regionale Steuerung und Koordination	35
TOP 13	Bekanntgaben und Sonstiges	35 - 36

Herr BTP Mederer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Über die Tagesordnung besteht Einverständnis.

TOP 1: Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der letzten Sitzung vom 22.07.2010 wird ohne Einwände genehmigt.
Hr. BTP Mederer verabschiedet sich von Frau Simek, die den Bezirk Oberbayern zum 31.10.2010 verlassen wird und bedankt sich recht herzlich für ihr Engagement.
Gleichzeitig begrüßt und stellt er Herrn Kumetz, den künftigen Leiter der Abteilung II, vor.

TOP 2: Ergebnisse der AG Zuverdienst

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern setzte in der Sitzung am 19.11.2009 eine Arbeitsgruppe ein mit der Aufgabe, über den von der Verwaltung vorgelegten Entwurf einer neuen Förderrichtlinie zu beraten und einen Vorschlag zu erarbeiten.

Die AG einigte sich darauf, dass in der zukünftigen Finanzierung Personalkosten und Sachkosten nicht mehr miteinander verknüpft werden. Etwaige Tarifsteigerungen dürfen nicht automatisch zur Veränderung der Sachkostenförderung führen. Weiterhin bestand Einigkeit darüber, dass Sachkosten und Verwaltungskosten in einer Pauschale in Höhe von 11.000 Euro zusammengefasst werden. Die neue Pauschale wird als „arbeitsplatzbezogener Zuschuss“ bezeichnet. Die zukünftige Finanzierung von sechs Zuverdienst Arbeitsplätzen wird wie folgt vorgeschlagen:

2011

Personalkostenpauschale	51.000 Euro
arbeitsplatzbezogener Zuschuss	11.000 Euro
Gesamt	<u>62.000 Euro</u>

2012

Personalkostenpauschale	50.000 Euro
arbeitsplatzbezogener Zuschuss	11.000 Euro
Gesamt	<u>61.000 Euro</u>

Beschluss 16/10

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt die neue Förderrichtlinie zur Finanzierung von Zuverdienstarbeitsplätzen in Oberbayern für Menschen mit Behinderung. Die Richtlinie tritt zum 01.01.2011 in Kraft. Zur Finanzierung von jeweils 6 Zuverdienstarbeitsplätzen werden 2011 Gesamtkosten i.H.v. 62.000 € und ab 2012 Gesamtkosten i.H.v. 61.000 € festgesetzt. Durch die Absenkung frei werdende Finanzierungsmittel werden in neue Zuverdienstprojekte investiert.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeit in der Arbeitsgruppe 2 mit den Trägerverbänden fortzusetzen. Die Musterleistungsbeschreibung als Anlage zur Förderrichtlinie wird nach Fertigstellung dem Sozial- und Gesundheitsausschuss zur Kenntnisnahme vorgelegt.

Abstimmungsergebnis:

13 : 0

Top 3: Aktueller Stand zur Grundsatzentscheidung Demenz

Herr Wirth berichtete über den Abschluss der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Bayerischen Landkreistag, Bayerischen Städtetag, Sozialministerium und Verband der Bayerischen Bezirke. Diese Arbeitsgruppe hat ihre Tätigkeit einvernehmlich eingestellt, da eine gemeinsame Position zu den Fragen der Zuständigkeit nicht gefunden werden konnte (Anlage: Protokoll der Sitzung der Arbeitsgruppe vom 23.08.2010).

Aufgrund des Scheiterns der Arbeitsgruppe hat der Unterausschuss des Fachausschusses für Soziales des Verbands der Bayerischen Bezirke festgestellt, dass Entscheidungen weiter im Einzelfall und auf der Basis des Papiers der Bayerischen Bezirke zur Definition des ambulant betreuten Wohnens in der Eingliederungshilfe erfolgen müssen (Anlage: Auszug des Protokolls der Sitzung des Unterausschusses).

Diese Auffassung des Unterausschusses wurde vom Fachausschuss für Soziales des Verbands der Bayerischen Bezirke in der Sitzung am 04./05.10.2010 bestätigt und darauf hingewiesen, dass Wohngemeinschaften für ältere Menschen mit Demenz der Pflege zuzurechnen seien.

Herr Wirth betonte, dass die Hilfe im Einzelfall gesichert sei, da mit dem örtlichen Träger immer geklärt werde, wer bei ungeklärter Zuständigkeit in Vorleistung tritt. Den Trägern werde empfohlen, eventuelle Leistungsangebote an die Örtlichen Träger der Sozialhilfe zu richten.

Im Anschluss an die Ausführungen von Herrn Wirth ergibt sich eine rege Diskussion zum Thema.

Frau BRin Neubauer fragt nach, ob das Thema als Projekt im Gremium GSV eingebracht werden kann. Möglich ist dies nur, wenn alle Beteiligten mit ins Boot geholt werden können. Auch sind im Vorfeld Sondierungsgespräche notwendig, da aktuell noch rechtliche Unklarheiten, z. B. zur Zuständigkeitsfrage, bestehen.

Auf Nachfrage von Herrn BR Rippel teilt Herr BTP Mederer mit, dass bereits ein Gespräch mit Frau Ministerin Haderthauer zum Thema stattgefunden hat. Bislang konnte allerdings noch keine einvernehmliche Lösung gefunden werden.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den mündlichen Bericht zu zur Kenntnis.

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit dem StMAS bzw. dem Verband der Bayerischen Bezirke bzgl. Gesprächen und Erarbeitung einer bayernweiten rechtlichen Regelung, in Verbindung zu setzen.

Auf Anregung von Herrn Dr. Bauer prüft die Verwaltung, ob in aktuellen Einzelfällen der Bezirk Oberbayern in Vorleistung gehen kann und anschließend erst die rechtliche Zuständigkeitsklärung erfolgen soll.

TOP 4: Aktueller Stand zu Themen der Regionalen Steuerung/Schnittstelle KBO

Im mündlichen Sachvortrag zeigt Fr. Dr. Henrich den aktuellen Stand in der Zusammenarbeit von KBO und Bezirksverwaltung zu fachlichen Themen auf. Hier wird auf die unterschiedlichen Aktivitäten sowohl auf strategischer als auch auf operativer Ebene hingewiesen. Die derzeitigen Themen wie z.B. Projekt Regionale Steuerung, Arbeitskreis Reha, Jourfix zwischen KBO und SV, Brückenkonzferenz, Überleitungsmanagement werden kurz dargestellt. Fr. Dr. Henrich weist auch darauf hin, dass demnächst eine gemeinsame Zielerarbeitung zwischen KBO und Sozialverwaltung geplant ist.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den mündlichen Bericht über den aktuellen Stand zu Themen der Regionalen Steuerung/Schnittstelle KBO zur Kenntnis.

TOP 5: Bezuschussung der Betriebskosten beim Gehörlosenverein in Ingolstadt

Das Gehörlosenzentrum erhält keine Zuschüsse der Kommunen aus der Region 10. Gemäß Sozialausschussbeschluss vom 20.11.2008 fördert der Bezirk Oberbayern das Zentrum seit dem Jahr 2008 mit jeweils 7.500 Euro jährlichem Betriebskostenzuschuss. GVIUS hat erneut für das Jahr 2010 einen Antrag auf Betriebskostenzuschuss gestellt. Die Gesamtbetriebskosten werden auf 12.250 Euro kalkuliert.

Beschluss 17/10	<p>Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern beschließt die anteilmäßige Finanzierung der laufenden Betriebskosten des Gehörlosenzentrums in Ingolstadt in der Trägerschaft des Gehörlosenvereins Ingolstadt und Umgebung mit Sportabteilung e.V. als freiwillige Leistung. Der Zuschuss beträgt jährlich jeweils 7.500 Euro für die Jahre 2010 bis 2012. Die Verwendung des Zuschusses wird jährlich überprüft. Maximal darf der Zuschuss 90 % der Betriebskosten abzüglich anderweitiger Förderung betragen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: 13 : 0</p>
----------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

TOP 6: Arbeitsgruppe „Soziales – Sondertatbestände“

In der Unterarbeitsgruppe wurden jeweils die Vorschläge zur Reduzierung der Zuschläge im Bereich der Sondertatbestände von den Trägerverbänden und von der Bezirksverwaltung erarbeitet. Aktuell besteht für Wohnheime (Leistungstyp WEG) die Möglichkeit, 303 Planstellen aufgrund von Sondertatbeständen zu erhalten. Der Vorschlag der Trägerverbände besteht in einer Absenkung von 20 Planstellen (6,6 %), der Vorschlag der Bezirksverwaltung schlägt eine Verringerung um 66 Planstellen (21,78 %) im Bereich der Wohnheime für Menschen mit geistiger Behinderung (Leistungstyp WEG) und der im Sozial- und Gesundheitsausschuss benannten 5 Wohnheime für Menschen mit körperlicher Behinderung, die Förderstätten besuchen (Leistungstyp WEK) vor. Des weiteren sind noch Umsetzungsfragen zu klären.

Zum weiteren Vorgehen ist die Einberufung der AG Soziales-Sondertatbestände mit den Vertretern der Fraktionen erforderlich.

	<p>Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den mündlichen Bericht aus der Unterarbeitsgruppe „Soziales – Sondertatbestände“ zur Kenntnis.</p>
--	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

TOP 7: Arbeitsgruppe „Förderstätten“

Entsprechend dem Auftrag des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 08.04.2010 und 22.07.2010 sollte das HMB-T-Verfahren auf seine Eignung zur Erhebung des individuellen Hilfebedarfs von Menschen mit Behinderungen in Förderstätten geprüft werden. Dieser Auftrag sollte innerhalb von 6 Monaten umgesetzt sein. Am 22.07.2010 wurde einer Verlängerung der Kurz-Leistungsvereinbarungen bis zum 30.11.2010 sowie dem Vorschlag zum weiteren Vorgehen zugestimmt

Die Vorgaben des Sozial- und Gesundheitsausschusses konnten im Wesentlichen nicht erarbeitet werden. Der Fortschritt der einzelnen Arbeitsaufträge stellt sich wie folgt dar:

Zu einer spürbaren Anpassung, Veränderung und Absenkung der Stellenschlüssel beim Gruppenpersonal schlagen die Vertreter der Trägerverbände eine Reduzierung von 4 % in Förderstätten mit einem besseren Stellenschlüssel als 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9 vor. Ziel ist es, die sich aus dieser Reduzierung ergebenden Stellenanteile auf Förderstätten, die ebenfalls Menschen mit Behinderungen und hohem Betreuungsbedarf (mit dem Stellenschlüssel 1 zu 3 bzw. 1 zu 2,9) versorgen, umzuverteilen. Aus der 4%igen Reduzierung der Planstellen im Gruppenpersonal der Förderstätten mit besserem Schlüssel ergeben sich 8,8 Planstellen. Damit verbleibt weiterhin eine Schlüsseldifferenz von 19 % bestehen (1 zu 2,86 gegenüber 1 zu 2,32 im Durchschnitt).

Die weiteren Aufträge, bzgl. der Prüfung der Zusatzkriterien, für die Bereiche „Pflege“ und „Verhalten“ wurden erledigt. Im Bereich der Bildung eines Schwellenwertes, ab dem ein Zuschlag gewährt wird, sowie bei der Prüfung der Art des Zuschlags konnte keine Einigung erzielt werden. Damit konnten die weiteren Aufgaben der Bildung von Stellenschlüsseln oder alternativen Umsetzungsvarianten sowie der Vorschläge für eine erforderliche Konvergenzphase (Stufenpläne zur Umsetzung, Zwischenlösung, Hilfebedarfsbemessung) nicht umgesetzt werden.

Aufgrund der bereits seit 2004 bestehenden Arbeitsgruppen zu Stellenschlüsseln in den Förderstätten, befürchten die Bezirksvertreter, dass auch bei weiteren Verlängerungen der Arbeitsgruppe abermals kein für beide Seiten zustimmungsfähiges Ergebnis erzielt wird.

Zum weiteren Vorgehen ist die Einberufung der AG „HMB-T-Verfahren in Förderstätten“ mit den Vertretern der Fraktionen erforderlich.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den mündlichen Bericht aus der Unterarbeitsgruppe „HMB-T-Verfahren Förderstätten“ zur Kenntnis.

TOP 8: Schaffung eines Inklusionspreises

Die Schaffung eines Inklusionspreises wurde vorgeschlagen. Nach Sachvortrag und Diskussion stimmt der Sozial- und Gesundheitsausschuss dem Vorschlag zu und die Bezirksverwaltung wird beauftragt, die Konzeption für den Inklusionspreis und deren Umsetzung ab 2011 zu entwickeln und in der ersten Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss im Jahr 2011 zur Abstimmung vorzustellen.

Beschluss 18/10	<p>Die Bezirksverwaltung wird beauftragt, die Konzeption für den Inklusionspreis und deren Umsetzung ab 2011 zu entwickeln und in einer Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschuss im Jahr 2011 zur Abstimmung vorzustellen.</p> <p>Im ersten Sozial- und Gesundheitsausschuss nach dem Inklusionstag am 03.03.2011 soll ein Bericht erfolgen.</p> <p>Abstimmungsergebnis: 13 : 0</p>
----------------------------------	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

TOP 9: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2010 zum Thema Prüfungsrechte

Herr Wirth berichtete, dass es der von der Bezirksentgeltkommission eingesetzten Arbeitsgruppe nach mehrjähriger Arbeit gelungen sei, den Entwurf einer ergänzenden Vereinbarung zur Durchführung von Prüfungen in teil- und vollstationären Einrichtungen zu erarbeiten (Anlage Vereinbarungsentwurf). Leider habe dieser Entwurf in der Sitzung der Bezirksentgeltkommission am 13. Oktober 2010 nicht die Zustimmung aller Mitglieder gefunden. Da in der Bezirksentgeltkommission das Einstimmigkeitsprinzip gilt, konnte die Vereinbarung nicht verabschiedet werden. Allerdings hätten sich einzelne Verbände bereit erklärt, die Vereinbarung für die Mitglieder ihrer Verbände abzuschließen.

Beschluss 19/10	<p>Der Präsident wird beauftragt mit verantwortlichen Repräsentanten der beteiligten Spitzenverbänden Verhandlungen mit dem Ziel, so schnell wie möglich eine Prüfungsvereinbarung abzuschließen, aufzunehmen. Basis der Verhandlungen ist der Vereinbarungsentwurf, dem in der Bezirksentgeltkommission mehrheitlich zugestimmt wurde.</p> <p>Der Bezirkstagspräsident wird beauftragt, mit den verantwortlichen Repräsentanten der beteiligten Spitzenverbände Verhandlungen mit dem Ziel, so schnell wie möglich eine Prüfungsvereinbarung abzuschließen, aufzunehmen. Basis der Verhandlung ist der Vereinbarungsentwurf aus der Bezirksentgeltkommission.</p> <p>Abstimmungsergebnis: 13 : 0</p>
----------------------------	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

TOP 10: Antrag der FDP-Fraktion vom 29.05.2010 zur Einführung eines zentralen Rückforderungsmanagements

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zur Behandlung in den Bezirksausschuss verwiesen.

	<p>Die dargestellte Aufgabenverteilung zwischen Leistungs- und Rechtsreferat in der Abteilung II entspricht für schwierige Fälle den Anforderungen der Antragstellerin. Aus verwaltungsökonomischen Gründen wird eine weiterfolgende Aufgabenverlagerung aus den Leistungsreferaten in das Rechtsreferat nicht angestrebt.</p> <p>Im Bezirksausschuss soll eine regelmäßige Berichterstattung erfolgen.</p>
--	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

TOP 11: Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.06.2010 zum Thema Teilhabe am Arbeitsleben für Menschen mit psychischen Behinderungen

Im Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen vom 09.06.2010 wird die Sozialverwaltung gebeten, den Sachstand zu folgenden Aspekten darzustellen:

- Plätze in Werkstätten für Menschen mit seelischen Behinderungen
- Spezielle Gruppen in Werkstätten für Menschen mit seelischen Behinderungen
- Zuverdienstarbeitsplätze für Menschen mit seelischen Behinderungen
- Versorgungsdefizite in Oberbayern bzgl. Arbeitsmöglichkeiten für seelisch behinderte Menschen
- Umsetzungsstand zu konkreten Anträgen bzgl. Arbeitsprojekten für Menschen mit seelischen Behinderungen
- Darstellung der Kosten der verschiedenen Arbeitsplatzangebote
- Aufzeigen von Perspektiven, was mit dem Personenkreis geschieht, der aufgrund seiner Erkrankung oder Behinderung nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt arbeiten kann, und es im Bereich Werkstätten und Zuverdienst nicht ausreichende Angebote gibt

Der Zugang für Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen zu Arbeit und Beschäftigung muss deshalb erheblich verbessert werden. Der Bezirk Oberbayern hat 2008 im Sozialausschuss ein Rahmen- und Handlungskonzept zur Teilhabe am Arbeitsleben aller Zielgruppen (geistig, körperlich, seelisch) umfassend vorgestellt.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den Sachbericht zur Kenntnis. Das vom Sozialausschuss im November 2008 beschlossene Rahmen- und Handlungskonzept zur Teilhabe am Arbeitsleben wird weiter umgesetzt, soweit noch nicht geschehen.

TOP 12: Sozialplanung; Modellprojekt Teilhabeplanung Weilheim-Schongau und regionale Steuerung und Koordination

Herr Prof. Dr. Albrecht Rohrmann, Zentrum für Planung und Evaluation der Universität Siegen informierte über den aktuellen Sachstand und über erste Ergebnisse des Auswertungsberichts zum Modellprojekt „Örtliche Angebots- und Teilhabeplanung im Landkreis Weilheim-Schongau“. Am 07.12.2010 wird der Bericht zum Modellprojekt in Weilheim der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der Behindertenbeirat des Landkreises Weilheim-Schongau plant mit einer Perspektivenkonferenz ab nächstem Jahr die Umsetzung der Ergebnisse des Modellprojektes bzw. die Umsetzung der Empfehlungen des Auswertungsberichts. Dies wird der Bezirk Oberbayern aktiv begleiten.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss des Bezirks Oberbayern nimmt die Ausführungen von Herrn Dr. Rohrmann und den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

TOP 13: Bekanntgaben und Sonstiges

Antrag des Landesverbandes Bayern der Angehörigen psychisch Kranker e. V. vom 10.10.2010 bzgl. ambulant betreutem Wohnen in der Eingliederungshilfe

Grundsätzlich wird die Hilfe als ambulant betreutes Wohnen nur dann gezahlt, wenn der Hilfeempfänger einen eigenen Hausstand hat. Wohnt der Hilfeempfänger bei den Eltern, wird kein Leistungstyp ambulant betreutes Wohnen gezahlt.

Bei Fällen, bei welchen in der Praxis auch in der Herkunftsfamilie ambulant betreutes Wohnen gezahlt wird, handelt es sich um Fälle, in denen die Leistung aufgrund eines baldigen Auszugs nur kurzfristig gezahlt wird.

Die Verwaltung wird gebeten, künftig die Hilfeempfänger bei der Antragstellung auf die Verschiedenartigkeit der Leistung hinzuweisen.

Der Antrag wird im nächsten Sozial- und Gesundheitsausschuss nochmals ausführlich behandelt werden.

Werkstattentag am 28.10.2010

Am 28.10.2010 findet das Werkstattforum beim Bezirk Oberbayern (09:00 – 18:00 Uhr) statt. Frau Wettengl bittet alle Bezirkstagsmitglieder, sich für die Tagung noch anzumelden, falls dies noch nicht erfolgt ist.

Herr BTP Mederer bittet die Verwaltung, nochmals alle Bezirksräte mit der Bitte um Anmeldung anzuschreiben.

Nachdem keine Anträge bzw. Wortmeldungen folgen, bedankt sich BTP Mederer bei den Anwesenden und schließt um 12:55 Uhr die öffentliche Sitzung.

Anlage:

- Spezifische Belange von Menschen mit psychischer Behinderung / Erkrankung (zu TOP 11)
- Präsentation von Prof. Rohrmann zum Teilhabeprojekt Weilheim-Schongau

BEZIRK OBERBAYERN
München, 14.10.2010



Josef Mederer
Bezirkstagspräsident

 

Fr. Hanner / Fr. Mettke
Protokollführerin